

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 23.11.2023

über die Finanzierung des Mehrjahresaktionsplans für Aruba für die Jahre 2023 und 2024

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juli 2018 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1296/2013, (EU) Nr. 1301/2013, (EU) Nr. 1303/2013, (EU) Nr. 1304/2013, (EU) Nr. 1309/2013, (EU) Nr. 1316/2013, (EU) Nr. 223/2014, (EU) Nr. 283/2014 und des Beschlusses (EU) Nr. 541/2014 sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012¹, insbesondere auf Artikel 110,

gestützt auf den Beschluss (EU) 2021/1764 des Rates vom 5. Oktober 2021 über die Assoziierung der überseeischen Länder und Gebiete mit der Europäischen Union einschließlich der Beziehungen zwischen der Europäischen Union einerseits und Grönland und dem Königreich Dänemark andererseits², insbesondere auf die Artikel 81 und 82, wonach Artikel 23 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2021/947 Anwendung findet,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Um die Durchführung der Digitalisierung durch den E-Government-Fahrplan in Aruba zu gewährleisten, ist die Annahme eines mehrjährigen Finanzierungsbeschlusses erforderlich, der das mehrjährige Arbeitsprogramm für 2023–2024 darstellt. In Artikel 110 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 („Haushaltsordnung“) sind ausführliche Vorschriften für Finanzierungsbeschlüsse festgelegt.
- (2) Bei der geplanten Unterstützung sind die Bedingungen und Verfahren einzuhalten, die im Rahmen der nach Artikel 215 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) erlassenen restriktiven Maßnahmen festgelegt sind³.
- (3) Die Kommission hat das Mehrjahresrichtprogramm für Aruba für den Zeitraum 2021–2027⁴ angenommen, in dem die folgende Priorität genannt wird: Digitalisierung/E-Government.
- (4) Mit dem Mehrjahresaktionsplan, der gemäß dem Beschluss (EU) 2021/1764 zu finanzieren ist, soll – wie auch im Mehrjahresrichtprogramm (MRP) dargelegt – ein Beitrag zur Digitalisierung von Aruba geleistet werden.

¹ ABl. L 193 vom 30.7.2018, S. 1.

² ABl. L 355 vom 7.10.2021, S. 6.

³ www.sanctionsmap.eu. Die Weltkarte der Sanktionen ist ein IT-Tool für die Erfassung von Sanktionsregelungen. Die Sanktionen beruhen auf den im Amtsblatt veröffentlichten Rechtsakten. Bei Abweichungen ist das Amtsblatt maßgebend.

⁴ Durchführungsbeschluss der Kommission zur Annahme von neun Mehrjahresrichtprogrammen für überseeische Länder und Gebiete für den Zeitraum 2021–2027, C(2021) 9164 final vom 15.12.2021.